

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Frachtposten, bei Selbstabholung 20 Pfennig. Gehalt einschließlich Frachtposten und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei Halberstadt, Komplatz 48. Fernruf 2914. Verlag: Halberstädter Zeitungsdruckerei, Postfach 6, m. B. D. Verantwörtlich für Inhalt u. Wirklichkeit Kurt Wollenberg, für den übrigen Teil Richard Mattheus, für Redakteur u. Leiter Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnette oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restkolonnette 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgehende ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Komplatz 48 (Fernruf Nr. 2914), Postfach 6, Wagnersberg 4826 und Selbstbuchhandlung (Steinweg) Wernigerode, Burgstraße 2.

Nr. 34.

Donnerstag, 9. Februar 1928.

3. Jahrgang.

Kampf um den Mieterschutz.

Wie der Bürgerblock von hinten herum die Mieter prellen will.

Der Reichsbund ist stets ein Gegner des Mieterschutzes und der organisierten Wohnungswirtschaft gewesen. Seine Politik war es immer, den Mieterschutz abzubauen und die Wohnungswirtschaft wieder völlig der Initiative privater Kapitalisten zu überlassen. Nur die Tatsache, daß wir noch immer einen Mieterschutz haben, ist die Ursache, daß wir noch immer einen Mieterschutz haben, der die Mieter vor den Willkür der Kapitalisten vor dem Verfall der Wohnungen schützt, die die Mieter der Wohnungswirtschaft völlig unterwerfen, daß bei den Reichsbund bisher gehandelt, die gefährlichen Absichten zu neutralisieren. Er will jetzt Schritt für Schritt seinem Ziel näher kommen.

Die Gegenentwürfe über die Veränderung des Mieterschutzes und des Reichsbundgesetzes sind der erste Schritt. Nach dem geltenden Mieterschutzgesetz konnte ein Mieter nur dann zum Verlassen seiner Wohnung gezwungen werden, wenn durch eine Klage und einen richterlichen Spruch auf die Räumung der Wohnung erkannt war. Jetzt soll statt dessen der Vermieter das Recht haben, durch ein formuliertes Kündigungs Schreiben die Kündigung auszusprechen. Der Mieter kann zwar gegen die Kündigung beim Gericht Widerspruch erheben, verläßt der Mieter aber die Einprüfungsfrist, so wird ohne weiteres der Räumungsbegehren gegen ihn erteilt. Die Veränderung des Reichsbundgesetzes heißt vor, daß große Wohnungen nicht mehr der gefährlichen Mieterschutz unterliegen.

Bereits in den wochenlangen Verhandlungen des Wohnungsausschusses des Reichstages hat die Sozialdemokratie versucht, das Zustandekommen des Gegenentwurfs zu verhindern. Auch der Reichsbund hat dem ursprünglichen Entwurf der Reichsregierung die Zustimmung verweigert.

Am Dienstag stand die Angelegenheit im Plenum des Reichstages zur Verhandlung. Mit großer Schärfe, aber zugleich mit wichtigen sachlichen Argumenten befaßte sich der

Abg. Pipsinski (Soz.)

den Regierungsentwurf. Seiten ist dem Reichstag eine zuwidergesetzliche und ungesetzliche Vorlage zugewungen, als die Vorlage zur Veränderung des Mieterschutzgesetzes. Sie hat bei den Praktikern des Mieterschutzes ebenso wie bei den zuständigen Organisationen eine scharfe Ablehnung gefunden. Es fehlt jeder Rechtsmaßstab, daß der Mieterschutz einer Veränderung bedarf. Bezeichnend für das Verhalten der Reichsbund ist, daß sie es abgelehnt hat, vor der grundsätzlichen Entscheidung, ob Klagenverfahren oder Kündigungsverfahren eintreten sollen, eine Befragung vorzunehmen, damit das von uns dazu geordnete Material herbeigebracht werden könne (Hört, hört bei den Soz.) Vor aller Öffentlichkeit aber muß festgestellt werden, wie unerhöht brist die bürgerlichen Parteien eine sorgfältige Entscheidung der Vorlage verbinden wollen. Das Verhalten der abgelehnten Vorlage ist, daß die Vertreter des Zentrum diese Art der Geschäftsführung mitgemacht haben (Hört, hört bei den Soz., Widerspruch bei dem Zentrum und rechts.) Ich kann dafür keine andere Erklärung finden, als daß

das Mieterschutzgesetz ein Handelsobjekt gewesen ist für die Durchführung der Schuldenfrage und die Ausgestaltung der Kirchenaufsicht über die Schulen. Sonst wäre es unmöglich gewesen, solche Beratungen in solcher Weise zu unterbinden.

Die Vorlage stellt das Kündigungsverfahren dem Klagenverfahren voran. Dadurch soll angeblich eine Erleichterung erreicht werden. In Wirklichkeit baut sich das Kündigungsverfahren auf bewußte und gewollte

Überbrumpfung, Täuschung und Entziehung der Mieter

auf. (Schreie mehr bei den Soz.) In der Vorlage war vorgesehen, daß der Mieter gegen die Kündigung Widerspruch erheben sollte. Aber es ist künftig dem Zufall überlassen, ob der Mieter tatsächlich das Kündigungs Schreiben erhält oder nicht. Erhebt er Widerspruch, dann soll ein Güterverfahren und dann die Kontroverbielle Verhandlung eingeleitet werden. Verfümt über die Mieter die Frist von zwei Wochen, dann soll der Urlandsbeamte auf Antrag des Vermieters innerhalb weiterer zwei Wochen die Räumung der Wohnung anordnen können. Das Recht des Widerspruches gegen den Räumungsbegehren wird ihm nur dann gegeben, wenn er nachweist, daß er die Frist ohne sein Verschulden verläßt hat. Damit wird die Beweislast dem Mieter statt dem Hausbesitzer auferlegt. Er hat feinstet Rechtsmittel gegen die falschen Behauptungen des Vermieters einzubringen, wenn er die Einprüfungsfrist verläßt. Das bedeutet

eine verheerende Schädigung des Mieters gegenüber dem einfachen Schuldner. Wir hatten eine Formulierung vorgebracht, die eine solche Entziehung ausschloß. Das wurde abgelehnt, weil nach der Erklärung der Regierungsvorredner sonst das ganze Kündigungsverfahren wirkungslos sein würde.

Wo bleibt die ganze Vereinfachung.

wenn das Verfahren selbst schon vollständig von den allgemeinen Rechtsregeln abweicht? Wie einziger Grund für die Veränderung des Verfahrens wurde geltend gemacht, daß es einige Fälle gebe, in denen sich der Mieter mit dem Vermieter über die Räu-

mung einer Wohnung verständigen wollte, daß das Klagenverfahren aber daran hindere. In der Praxis können solche Fälle überhaupt nicht, oder nicht in nennenswerter Zahl vor. Aber selbst wenn es so wäre, so hat ja auch das bisherige Verfahren die Einigung zwischen Mieter und Vermieter nicht verhindert, dazu bedurfte es keines neuen Gesetzes. Es bleibt also nur übrig, daß

auf die Unwissenheit des Mieters spekulieren.

und dadurch eine Verschleppung des Verfahrens erreichen wollen. (Schreie richtig bei den Soz.) Dabei handelt es sich hier nicht nur um die Personen des Mieters und seine Wohnung, es handelt sich um das Wohl seines Familien, und das darf man es nicht dem Zufall überlassen, ob der Mieter das Kündigungs Schreiben erreicht oder nicht, und ob er in der Lage ist, Widerspruch zu erheben oder nicht. Das umfomehr, weil wir in Deutschland eine Wohnungsmangel haben, deren Nachschaffen für die nächsten zehn Jahre kaum zu erwarten ist. Nach den statistischen Feststellungen haben wir heute

eine Million Wohnungen zu wenig

(Hört, hört bei den Soz.) Alljährlich entsteht ein Neubedarf von 250 000 Wohnungen, jedoch wird innerhalb acht Jahren ein

Schleppbedarf von etwa 2,5 Millionen haben werden.

In einer solchen Situation die Zwangsversteigerung abzubauen, ist ein sinnloses und zweckloses Bestreben. Schon die bisherige Forderung der Wohnungswirtschaft hat die Wirkung gehabt, daß die Zwangsversteigerungen gegen Mieter zugunsten haben, und es den Gemeinden immer schwerer möglich wird, die Mieter notdürftig unterzubringen, (Hört, hört bei den Soz.) Überall haben die Gemeinden nachgewiesen, welchen ungeheuren Aufwand sie allmonatlich haben, um die Mieter wenigstens in ihrer Wohnung zu lassen. Wir haben einen unfaßlichen

Antrag für die Schaffung eines Sozialen Wohnrechts

eingebracht. Sie (nach rechts) haben es abgelehnt, diesen Antrag der Regierung zur Genehmigung zu überweisen. Sie haben gefordert, daß das Eigentumsrecht für den Vermieter grundsätzlich wiederhergestellt werden solle. Durch das Kündigungsverfahren oder sei es nur der Mieter Schaden, ohne daß der Hauswirt auch nur etwas von seinem Eigentumsrecht zurückbekommt. Sie (nach rechts) haben vor 2 Jahren die Wiederbestimmungen geschaffen. Das hat nicht gehindert, daß die Mieter geprellt werden, daß ihnen

hohe Beträge als Mietschulden abgenommen

werden, daß der Vermieter sich hohe Summen für den Fall versprechen läßt, daß er die Genehmigung zur Übernahme der Räumung durch einen anderen gebe. So ist insgesamt die ganze Vorlage keine Vereinfachung, keine Besserung, sondern sie ist nur ein Mittel, um die Vermittlung bei den Mietern zu ihrem Nachteil zu schaffen, und sie in größter Weise obdachlos zu machen. Wie Sie (nach rechts) zu der ganzen Vorlage stehen, die Hoffnungen, die der Justizminister an sie geknüpft hat, werden und können nicht erfüllen, weil die soziale Not und die Wohnungsnot zu groß ist, um an einen Ausgleich zu schaffen. Deshalb sage ich: Werfen Sie das Scheitern in die Wollschicht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Rechtsjustizminister Hergt

bezeichnet die Ausführungen des Vorredners als einen Ausdruck der Kampfstellung: Wie Wohnungswirtschaft, wie Wirtschaftsfreiheit und Eigentum! Zu grundsätzlichen Entscheidungen

ist heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Entwurf erstreckt sich auf die allmähliche Wiederherstellung der normalen Verhältnisse, nicht darauf, daß er den in der langen Zeit der Wohnungsnot etwas verbitterten Begriff der Kündigung wieder herstellt. Ich habe zu den Vermieter-Organisationen das Vertrauen, daß sie die neuen Bestimmungen nicht in einer die Mieterhaft verbitternden Weise anwenden werden. Andererseits kann man zu den Mieter-Organisationen das Vertrauen haben, daß sie ihre Mitglieder genügend aufklären, um sie vor schädlichen Wirkungen der Gesetzesanwendung zu schützen. Den Ausbau der vorerwähnten für die gefährlichen Mieter betrachteten wir als eine der vorübergehenden Aufgaben der Regierung des Reiches und der Länder. Der preussische Justizminister erlaucht in einem Schreiben, das GStB Nr. 10 vom 1. April d. J. in Kraft treten zu lassen. Wir werden uns diesen Wunsch nicht erlauben und können deshalb an dem am Ausschuss vorgelegten Termin des 16. Februar nicht festhalten.

Abg. Domag Dresden (Dm.)

ist mit dem Minister der Meinung, daß die Wirkung des vorliegenden Entwurfs weit übersteigt werden und daß die große Beunruhigung in den Kreisen der Mieter und Vermieter unbegründet sei. Angesichts der noch immer bestehenden Wohnungsnot ist eine völlige Aufhebung der Wohnungswirtschaft im gegenwärtigen Moment unmöglich. Schon aus rein formal-parlamentarischen Gründen seien die Deutschnationalen nicht in der Lage gewesen, für den dahingehenden Antrag der Wirtschaftspartei zu stimmen.

Abg. Trimmel (Ztr.) betont, die vorliegenden Entwürfe seien keine Besserung der Wohnungswirtschaft, sondern nur eine Verschleppung und Verzögerung des Verfahrens im Rahmen des bestehenden Rechts. Die immer noch anhaltende Wohnungsnot könne nur behoben werden durch die Bekämpfung der Kapitalgier durch inflexible und ausländisches Kapital. Diese werde gefördert durch eine weitere Festlegung des Eigentumsbegriffs im Wohnungswesen. Das jetzt wieder eingeführte Kündigungsverfahren gewähre dem Mieter größere Sicherheit als das bisherige Klagenverfahren.

Abg. Bill (Dem.) befaßt sich die Haltung der Regierungsparteien im Ausschuss. Es sei unerlässlich, wie die Regierung trotz den einmütigen Widerständen der Mieter- und Vermieterkreise und des Reichstages diese Gegenentwürfe dem Reichstag vorlegen konnte. Die Priorität-Bestimmung zur Aufhebung der gesetzlichen Klagen-Kaufverträge verhängen sollte. Wir werden die Rechte des Gewerbes schützen. Den Parteien hätten zum größten Teil ausländische Kapitalisten gehabt. Die Angleichung der bestehenden Mietsätze an die Neubausmietsätze werden nicht durchführbar sein. Kein Mensch habe bisher nachweisen können, wie die freie Wirtschaft Wohnungen schaffen würde, die in der Höhe der Mietsätze nicht übermäßig über die bisherigen Mietsätze hinausgehen.

Abg. Seiffert (Wstl.) fragt, warum die Regierung nicht die Vorlagen einfach zurückgegeben habe, nachdem die Wohnungswirtschaft ein erprobendes Bild von der bestehenden Wohnungsnot gegeben hatte. Eine weitere Forderung der Wohnungswirtschaft, wie sie tatsächlich mit den Vorlagen erstrebt werde, sei im gegenwärtigen Moment ganz unmöglich. Notwendig sei vielmehr ein umfassendes Wohnungsbauprogramm. Gegen 19 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 14 Uhr, vertagt.

Gesamt-Ausperrung der Metallarbeiter?

Eine neue Drohung der Metallindustriellen.

Berlin, 8. Februar. (E3.) Der Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller beschloß am Dienstag folgenden:

1. Die mitteldeutsche Gruppe in dem ihr angemessenen Kampfsitz mit allen Mitteln zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.
2. Zu diesem Zwecke die vorhandenen Fonds durch eine das gesamte Verbandesgebiet umfassende Geldumlage zu vergrößern.
3. Zur Unterstützung der mitteldeutschen Gruppe zu gegebener Zeit zur Gesamt-Ausperrung zu greifen.
4. Eine Kommission von 12 Herren aus allen Teilen des Reiches einzusetzen, die mit der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen beauftragt und mit allen Vollmachten ausgestattet sind.

Dieser Beschluß läßt mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Metallindustriellen einen gewissen Schritt herbeiführen wollen. Die Metallarbeiter oder werden auf die Androhung mit der nötigen Ruhe aufnehmen. In der am Montag in Halle tagenden Reichskonferenz des Metallarbeiterverbandes konnte Gen. Köppler mitteilen, daß die Lage und die Stimmung der Kämpfer aus glänzend zu bezeichnen ist. Überall stehen die Kollegen zur Organisationsleistung und zeigen den Metallindustriellen keine den kommunikativen Karolen die falsche Schulter. Auch die letzte

Öffnung der Betriebe durch die Metallindustriellen ist als ein Schlag ins Wasser zu verzeichnen.

Köppler erwähnte des weiteren, daß es das Bestreben der Metallindustriellen in anderen Zergliederungen sei, im Gange befindliche Schlichtungsverhandlungen dann hinauszuwürgen, mit Rücksicht darauf, daß das Reichsarbeitsministerium in Anhalt-Halle-Magdeburg eingreifen wolle. In der Tat war auch die Nachricht entgegengesprochen, daß das Reichsarbeitsministerium die Parteien zu Mitteln, den 8. Februar 1928 nach Berlin zu Verhandlungen einlode. Diese Mitteilung wurde von den Konferenzteilnehmern freigegeben, wie von Köppler, die von der guten Kampflage sehr überzeugt sind und sich auf lange Sicht einlassen können. Die Kollegen Kaufers-Magdeburg, Donath-Dessau und der Vorstandsvorsitzer Kollege Handt-Sittgart, nahmen eingehend zu den angeführten Fragen Stellung. Sie gaben ihrer Befriedigung über den guten Stand der Bewegung Ausdruck. Auch Köppler erklärte zum Schluß, unter allgemeiner Zustimmung, wie geben nach Berlin mit dem Bewußtsein, wir kämpfen für eine gerechte Sache und die Bewegung steht gut!

Es ist ganz offenbar, daß die Metallindustriellen mit ihrer Gesamt-Ausperrung-Androhung auch die heute in Berlin stattfindenden Verhandlungen einen Druck ausüben wollen. Ihnen kann nur gesagt werden: Range machen soll nicht!

Das norwegische Experiment gescheitert.

Die Arbeiterregierung muß wieder zurücktreten.

Die sozialistische Regierung Norwegens, die erst wenige Tage im Amt ist, wird mehrheitlich schon am kommenden Freitag zum Rücktritt gezwungen werden. Das gegen sie eingetragene Misstrauensvotum der bürgerlichen Parteien wird zweifellos die Unterstützung aller bürgerlichen Parteien finden.

Einen solchen Ausgang mußte man eigentlich erwarten, nachdem die Arbeiterpartei, die nur über eine Minderheit im Storting verfügt, die Regierung angetreten hatte, ohne sich zuvor mit irgend einer der übrigen Gruppen über ein Programm zu verständigen, auf dessen Grundlage ihr wenigstens für eine gewisse Zeit die Aufrechterhaltung der Macht möglich gewesen wäre. Sie war wohl der Ansicht, daß es ihr ähnlich wie früherzeit dem Kabinett MacDonald in England gescheitert sein würde, für eine bestimmte Frist am Ruder zu stehen, und bedachte nicht, daß der Storting in ihrem Lande sich in den politischen Verhältnissen der bürgerlichen Welt sehr viel leichter ausspricht als es in Großbritannien der Fall ist. Allerdings kann sie für sich geltend machen, daß sie sich in keiner Weise zu der Kabinetsbildung gedrängt hat, sondern nur in die Breite getreten ist, nachdem alle anderen Kombinationen gescheitert waren.

Die Arbeiterpartei hatte bei den Wahlen einen Zuwachs von etwa 100 000 Stimmen erhalten und damit von 150 Mandaten 99 erzielt. Die Gruppe der Rechten, die bis dahin regiert hatte, war von 84 auf 31 gesunken, die der Mitte von 56 auf 31 zurückgegangen, während die Partei der Großgrundbesitzer 4 Mandate gewonnen und damit einen Bestand von 28 Sitzen erzielte. Der Sieg der Sozialisten war in erster Linie auf die starke Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der reaktionären Politik des Kabinetts Lykke zurückzuführen. Dieses Ministerium hatte jahrelang eine Deflationspolitik getrieben. Sie führte zu Schwierigkeiten in der Industrie, zu einer starken Steigerung der Arbeitslosigkeit und einer beträchtlichen Erhöhung der öffentlichen Kosten. Als die Regierung dann noch ein Gesetz zum Schutze der Streikbrecher und andere Maßnahmen gegen die Gewerkschaften durchsetzte, steigerte sich die Empörung der Arbeiterwelt auf den Höhepunkt.

Die Folge war der große Wölkchen der norwegischen Arbeiterbewegung. Erstanden erschienen die bürgerlichen Parteien zunächst, die norwegische Sozialdemokratie vor der Verantwortung auszusprechen. Erst als der Versuch zur Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung an dem Widerstand der bürgerlichen Linken gescheitert war, forderte der König die Sozialisten auf, die Kabinetsbildung zu übernehmen. Er ließ dabei keinen Zweifel darüber,

daß er für den Fall einer Ablehnung die Fraktion der Großgrundbesitzer mit der Kabinetsbildung betrauen würde. An dieser Forderung haben die Sozialisten das schmerzhafte und von vornherein so gut wie aussichtslose Experiment der Kabinetsbildung auf sich genommen. Sie gingen dabei allerdings von der Voraussetzung aus, daß sich unter den 31 Mitgliedern der bürgerlichen Linken genügend wirksame Demokraten zu ihrer Unterstützung finden würden, und es gelang ihnen, wenigstens einige der dringlichsten Aufgaben zu lösen. Man möchte u. a. an die Aufhebung des Gesetzes gegen die Gewerkschaften, an einen ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung und an ähnliche Dinge. Daran hoffte man hauptsächlich die Schuldnerentlastung für die Kleinbauern und die Kommunen auch die Unterstützung der Rechtsprechung zu erhalten.

Diese Erwartungen sind nun getrübt worden. Der Führer der bürgerlichen Linken **Wankel** hat am Dienstag die Regierungserklärung als unannehmbar bezeichnet, weil sie jede Abmildung verweigere, und offenbar von der radikaleren, ehemals kommunistischen Gruppe in der Arbeiterpartei distanziert worden sei. Zweifellos sind in der bürgerlichen Linken die fortschrittlichen Elemente unterlegen. Gelegentlich haben die Arbeiter und die Unzufriedenheit des Finanzkapitals. Was heißt es, daß Wankel er und seine Freunde sich unter das Dach des Großkapitals gebeugt haben. Sein Ziel war von vornherein, mit allen Mitteln eine Arbeiterregierung zu verhindern.

Es wiederholt sich so in Norwegen der Vorgang, der sich in Frankreich und in Belgien abspielte hat. Wenn man auch vielleicht darüber verschiedener Meinung sein kann, ob die norwegischen Sozialisten recht daran seien, trotz ihrer Minderheit im Parlament eine Regierung ohne vorhergehende Verständigung mit anderen Parteien zu übernehmen, so läßt sich doch nicht an der Tatsache der Aufhebung der Sitzung gegen den Versuch der Durchsetzung von Arbeiterforderungen. Auf diese Art brachten man die Arbeiterpartei bewußt in einen Gegensatz zu einer Staatsform, die ihm zwar formell die Gleichberechtigung gewährt, sie ihm aber praktisch aberntet, sobald die Interessen des Kapitals bedroht erscheinen. Das norwegische Bürgerrecht hat so einen neuen Beweis dafür geliefert, daß der Klassenkampf seine Erfindung des Sozialismus ist, sondern eine von der Bourgeoisie gefasste Realität.

Kämpfen für das Recht, das den Bondarbeitern bisher vorenthalten wurde."

In der weiteren Aussprache, an der sich noch einmal Vertreter aller Parteien beteiligten, wurden Verhandlungsabmachungen vorgelegt, ergänzt durch eine Rede des **Dr. Petersen-Johannsen** (Soz.). Die Abstimmungen über den Etat sollen am Freitag stattfinden.

Zu Beginn der Sitzung wurde die bekannte Denkschrift der preussischen Regierung über den Anpruch des Bauern auf einen Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn, dem Bauernschaft übergeben. Angenommen wurde ein kommunikativer Antrag, der eine Unterabteilung verlangte, weil in der Sitzung Sonntag 15 politische Gelassen an Abfertigungssitzungen erkrankt sind. — Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, den 8. Februar statt: Eingelebungen des Reichsfinanzgesetzes, Eingelebungen in Weiskolen, Etat des Staatsrats und des Landtags.

Die Volkspartei vor dem Umfall.

Das Schlußgesetz wird geschloffen.

Berlin, 8. Febr. (Fig. Funfm.) In den letzten Tagen haben über die kritischen Punkte des Reichsstaatsgesetzes unter den Regierungsparteien im Reich wieder stundenlange Verhandlungen stattgefunden. In diesen Verhandlungen waren insbesondere die Kabinetsmitglieder beteiligt. Die neuen Verordnungen sollen, wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, die Aussicht eröffnen haben, daß die Kompromißverhandlungen mit einer gewissen Gewähr auf Erfolg fortgesetzt werden können. Insofern werden nach der gleichen Quelle in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeiten für ein Zustandekommen des Gesetzes neuerdings sehr viel günstiger beurteilt als in der letzten Woche.

Mit anderen Worten: Die Volkspartei vor dem Umfall.

Die englische Thronrede.

Arm und inhaltslos.

London, 7. Febr. (Fig. Draht.) Die am Dienstag vom König vorgelesene Thronrede war ungenügend kurz. Sie beginnt mit der Versicherung, daß die britische Regierung dauernd bemüht sei, im Zusammenwirken mit dem Väterland die Regelung internationaler Differenzen herbeizuführen, um die Sache des Friedens zu fördern und behauptet dann die Lage in China. Ueber die Haltung der britischen Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens enthält die Thronrede kein Wort.

Die Debatte wurde von der Opposition mit längeren Ausführungen **Mr. James Macdonalds** eröffnet. Er erklärte, daß die Thronrede inhaltlich die arbeitslosen Massen die Erklärung bestätigte, mit der bei seinem Eintritt ins parlamentarische Leben das Parlament jemals eröffnet worden sei. Das Aemterverzeichnis an der Thronrede seien die Auslassungen. Sogar das Fährgefahr, das vom Innenminister und Ministerpräsidenten immer wieder versprochen worden sei, als auch die Ratifikation der Washingtoner Konvention seien nicht erwähnt worden. Die Arbeiterpartei könne die soziale Lage in Großbritannien nicht so günstig beurteilen wie die Thronrede das tue. Niemand, der die Thronrede lese, könne auf den Gedanken kommen, daß es eine Million Arbeitslose in England gebe. Die Regierung müsse damit rechnen, daß die Opposition bei in der Rede ausgesprochenen Aussagen Fragen nicht verschonen werde und daß für den Umfall der Thronrede ein die Probleme kämpfen werde, bis die Verantwortung kämen und die Majorität der Regierung gestürzt würde.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Der gegenwärtige Stand der Dinge.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages sind seit mehreren Monaten in ein anderes Stadium getreten. Der Wille, zu einem Ergebnis zu gelangen, ist stärker als früher. Selbst das deutsche Reichsministerium hatte nach im Herbst vorigen Jahres der Bemühtung bestimmter Reinsinger für die Einigung von Berlin und Warschau aus Polen zustimmen, insbesondere Schiele, worauf sich Stresemann vor einigen Tagen bei seiner Rede gegenüber der Delegation aus Kreisen des Landbundes gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag berufen konnte. Auf der anderen Seite hat Polen die hinter seinen Forderungen zurückbleibenden deutschen Zugeständnisse der genannten Art nicht zum Anlaß genommen, der Fortführung der Verhandlungen Schwierigkeiten zu bereiten, sondern sich einverstanden erklärt, einen Handelsvertrag in bestimmten Grenzen, den der kleine Handelsvertrag abgibt, abzuschließen. Außerdem ist im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen Sonderverkommen über die Holzimporte aus Polen der Anfang von Arbeit des Zollkrieges gemacht worden.

Ein Opfer Hortitys.

Sieben Jahre Justizhaus für sechs Zeitungsartikel.



Der bekannte ungarische Schriftsteller, wurde von dem Budapest Landgericht wegen „Schmähung der Nation“ durch sechs in den Jahren 1921 und 1922 in Wien erschienenen Zeitungsartikeln zu sieben Jahren Justizhaus, zehn Jahren Ehrenhaft und 500 000 Pengo (370 000 Mark) Geldstrafe verurteilt. Hofmann, der um die Förderung der ungarischen Literatur hervorragend verdient war und sich auch in seinen durchgeführten Büchern als ungarischer Patriot erweist, hat in seinen beanstandeten Artikeln die Nation, aber die Regierung des Reichsverwesers Hortity sehr angegriffen. Das ungewöhnlich harte Urteil hat in ganz Europa Aufsehen erregt.

Diese grundsätzliche veränderte Stimmung schließt freilich nicht aus, daß die Verhandlungen bis zur Unterzeichnung eines Vertrages sich noch langwierig und mühsam gestalten. Einzelne Störungen von politischer Seite, wie eine Verordnung über Ursprungszeugnisse für gewisse deutsche Waren sowie das berücksichtigte Grenzgesetz, scheinen unter Außerachtlassung ihrer Bedeutung für den Handelsvertrag herangezogen worden zu sein. Die Verordnung über die Ursprungszeugnisse ist bereits wieder außer Kraft gesetzt worden, und man hofft auch auf ein Einlenken Polens in der Frage des Grenzgesetzes. Noch nicht abgesehen ist dagegen, wann die Frage der Fortführung der polnischen Zölle geklärt werden wird. An sich ist das eine interne polnische Angelegenheit. Da aber die deutschen Zollverordnungen erst in Kraft treten können, wenn die Höhe der polnischen Zölle feststeht, bildet die polnische Unentschiedenheit in diesem Punkte eine sehr spürbare Hemmung für den Fortschritt der Verhandlungen, und wenn gar, was nicht ausgeschlossen erscheint, Polen die Klärung dieser Frage bis nach den Neuwahlen im März verschiebt, könnte in der Zwischenzeit sogar der sonstige Handelsvertragsverhandlung erschwert werden, sobald eine Pause in den Verhandlungen eintreten würde.

Augenblicklich sind drei Kommissionen bei der Prüfung der Zollformalitäten, der Zollvereinbarung und der Betragsbestimmungen. Die erste dieser drei Kommissionen arbeitet nach wie vor in Warschau, die anderen beiden sitzen vorübergehend in Berlin tätig sein, da der deutsche Bevollmächtigte eine schon seit längerer Zeit feststehende Reise nach Berlin antreten mußte. Auch der polnische Bevollmächtigte wird etwa Mitte des Monats in Berlin erwartet. Ende des Monats könnten dann die gesamten Verhandlungen wieder in Warschau weitergeführt werden.

Die veränderte beiderseitige Einstellung zu dem gesamten Problem eines deutsch-polnischen Handelsvertrages zeigt sich auch darin, daß man auf beiden Seiten trotz früherer Meinungsverschiedenheit der polnischen Zollreformierung über den endgültigen Ausgang der Verhandlungen optimistisch denkt. Freilich gilt das nicht für den Termin eines solchen Abschlusses. Wenn hier tatsächlich in der polnischen und auch in der deutschen Presse mit einigen Wochen gedreht wurde, so ist man gut, fünf Wochen besser, Monate zu sehen. Die größere Zuversicht der interessierten Wirtschaftskreise kommt auch darin zum Ausdruck, daß Ende Januar eine weitere Zusammenkunft deutscher und polnischer Wirtschaftsvertreter in Warschau stattgefunden hat, bei der die Probleme des Handelsvertrages sehr eingehend erörtert worden sind.

Ohne Zweifel würde der Fortschritt der Verhandlungen noch mehr gefördert werden, wenn in Deutschland durch Neuwahlen die Basis für eine andere Regierung geschaffen würde. Bei der allgemeinen politischen Bedeutung, die der deutsch-polnischen Einigung zukommt, bildet diese Frage ein wichtiges Argument dafür, die Neuwahlen möglichst bald anzusetzen und zu einem Siege der Linken zu gestalten.

Das Landarbeiter-Glend.

Im Preussischen Landtag

wurde am Dienstag die zweite Lesung des Landwirtschaftsstaatsgesetzte. Den Reden der Redner eröffnete der sozialdemokratische Abgeordnete **Brandenburg**, der eine großangelegte Rede über die Lage der Landarbeiter hielt. Was der Redner über das Wohnleben, über die Wohnungsverhältnisse im Material und Dingen vorbrachte, war ebenfalls sehr interessant wie das Landtagsmaterial, das er über die Verhandlungen von Landarbeitern beim Reichstag mitteilte. Er hat sich nämlich sehr wohl über die traurigen Lebensbedingungen der Landwirtschaft im modernen, kapitalistischen Staat in Parallelen gestellt zu dem Elendzustand der Antike, wobei zu Gunsten des Altertums die Einschränkung zu machen ist, daß es die Sklaven in der damaligen Zeit wahrscheinlich besser hatten als heute unsere freien Landarbeiter. In diesen Verhältnissen liegen, so führt der Redner aus, die letzten Ursachen der Landarbeit über die Rechtsprechung zu setzen. Wenn der Landbund, entgegen seinem sonstigen Verhalten, in letzter Zeit die zu niedrigen Löhne der Landarbeiter zugäbe, so sei diese veränderte Haltung lediglich der Angst vor den kommenden Wahlen auszuflehen. — In dieser Brandenburg eine sehr wertungswürdige Rede, — werden aber häufig sorgen, daß kein feindliches Grundgesetz bei den nächsten Wahlen vor der Augen wird. Denn wir appellieren nicht an das Gefühl der berufenen Anführer, sondern

Der Reichswehrminister führte am Dienstag nachmittag im Reichstag mit den Führern der einzelnen Parteien Besprechungen über die bevorstehende Beratung des Reichswehrgesetzes. Dabei spielt insbesondere auch die Frage eine Rolle, ob und wie im Verlauf der Debatte die **Reichswehrangelegenheit** behandelt werden soll. Den Regierungsparteien wäre es natürlich am liebsten, wenn diese Frage überhaupt nicht gestellt würde. Da es sich bei der grundsätzlichen Bedeutung handelt, wird die Sozialdemokratie von **Reichswehr** im Nennum des Reichstages selbstverständlich ebenfalls amfassen.

Der Bürgermeister von Melfungen ist aufgefunden. Aus der Funde wurde beim Kaiser Wasserwert eine männliche Leiche gefunden. Der Tote wurde als der seit dem 24. Dezember vorigen Jahres vermisste Bürgermeister von Melfungen identifiziert. Ob ein Unglücksfall vorliegt, beharrt noch der Untersuchung.

Ein großartiger Selbster. Dem Schöpfer der **Churpflanz** wurde gestern von unheimlicher Seite ein Betrag von 500 000 Pfund gestiftet, mit dem ein feineres Bonds zur Ertragung der deutschen Staatsanleihe eröffnet werden sollte.

Im dänischen Folketing wurde am Dienstag der sozialdemokratische Vorschlag auf Bewährung einer vorläufigen Arbeitslosenunterstützung für die ausgefallenen Erwerbslosen, deren Zahl von den Gewerkschaften mit etwa 50 000 angegeben wird, mit 74 gegen 99 Stimmen abgelehnt. Die ausgefallenen Erwerbslosen sind nunmehr lediglich auf Unterstützung von Stiftungen und den Armenvereinen der Kommunen angewiesen.

Neuwahlen in Griechenland. Aus Athen wird gemeldet, daß voraussichtlich mit einer Auflösung der Kammer und Neuwahlung von Wahlen zu rechnen ist.

Der Reichslandtag für die Schulbücher ist von den beteiligten Reichslandtagsvereinigungen am 31. März gelündigt worden.

Soziales.

Heimarbeiterelend in der Karneval- und Festartikel-Industrie.

Zu den am schmerzhaftesten entlohnten Gruppen des Papiergewerbes gehört die Karneval- und Festartikelindustrie. Sie hat ihre Standorte besonders in entlegenen Provinzorten und über 400 Weg in ihr Beschäftigten sind in der Regel in die schlimmsten Elendsbedingungen in diesem Industriezweig noch gedrückt werden, dafür daß die Berliner Heimarbeiterausstellung im Jahre 1923 interessanter Befunde. Dort wurden Heimarbeiter ausgestellt, bei deren Herstellung die Arbeiterinnen 9, 5, 4 und sogar bis herunter zu 2 1/2 Fig. pro Stunde verdienten. Im November des vergangenen Jahres fand im Reichsarbeitsministerium eine Beratung über die Erleichterung eines **Geheimarbeitsgesetzes** für die Karneval- und Festartikelindustrie statt, um für die Heimarbeiterinnen bessere Abhilfe zu schaffen. Vor der endgültigen Beschlußfassung soll zunächst noch durch einen Fragebogen bei den Heimarbeiterinnen und nichtständigen Beschäftigten festgestellt werden, welche Gebiete vor allem in Frage kommen. Die Fundfrage bei den Bemerkungen des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter ermittelte rund 2500 Verfassungen der Karneval- und Festartikelindustrie, darunter befinden sich 1050, also 40 Proz. Heimarbeiterinnen.

Kreis Halberstadt.

Groß-Quenstedt, 7. Febr. (Landarbeiterversammlung.) In einer am Sonntag im Gasthof „Zum Jollen“ stattgefundenen Landarbeiterversammlung sprach der Kreisleiter Koll. Dume-Halberstadt über die Lohn- und Tarifpolitik der Arbeiter. Der Redner wies darauf hin, daß die Herren von Mar und Helm danach trachten, den Landarbeiter wieder in seine alte Sklaverei zu zwingen. Sie wollen keine Kooperationsfreiheit für den Landarbeiter. Die Landarbeiter müßten sich gegen diese Bestrebungen wehren. Der Erfolg könne aber nicht erzielt werden. Deshalb müßten sie alle in der Organisation der Landarbeiter, dem Deutschen Landarbeiterverband, zusammenfinden. Wie die Herren Großgrundbesitzer vorgehen, zeigten verschiedene Beispiele, die der Redner anführte. In einigen Dörfern gingen die Großgrundbesitzer dazu über, die Männer durch Unterjochung zu verpflichten, daß auch ihre Frauen 5 Tage in der Woche beim Unterjocher mitarbeiten müßten, während die Dienstwohnung gekündigt werde. In Dersheim habe ein Besitzer seine Gehilfen am Sonntag zu einem Fest- und Weihnachtsgeldappell anrufen. Daß bei dieser militärischen Veranstaltung der übliche Kameradenlohn nicht fließt, ist selbstverständlich. Hinterher kommen sie aber aufpassen und hielt Redner ab. Darauf kam der Redner auf die Lohnverhandlungen und die gewählte Schlichtungsstelle zu sprechen, der aber abgelehnt worden sei. Er wandte sich vor allem an die Unorganisierten. In ihrem eigenen Interesse müßten sie sich dem Verband anschließen, wenn man den Kampf zu einem guten Ende führen wolle. In der Diskussion kam auch zur Sprache, daß es in Groß-Quenstedt schwer gehalten hat, einen Saal für die Landarbeiterversammlung zu bekommen. (1) Die Veranstaltung endete mit dem Erfolg, daß hier für 20 Kollegen der Organisation des Deutschen Landarbeiterverbandes angeschlossen.

Kleinquendstedt, 7. Februar. (S.D.) Am Donnerstag, 7. Februar findet im Plebisiten Saal unsere diesjährige Generalversammlung statt. Das Erscheinen jedes Parteimitgliedes ist unbedingt notwendig. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Doresheim, 8. Febr. (Wahlvereinsvorträge der Partei.) Am Donnerstag, den 8. Februar nachmittags 4 Uhr findet im Ratshaus ein Wahlvereinsvortrag für Kinder statt. — Abends 8 Uhr findet im selben Lokal eine Mitgliederversammlung der Partei statt, in der Genosse Schütte u. a. auch einen Wahlvereinsvortrag mit dem Thema „Fernhandarbeit“ halten wird. Die Genossen werden gebeten, für gegenwärtige berufliche Veranstaltungen Sorge zu tragen.

Aus Osterwieck.

— (Ein Fragebogen für das Stimmamt) war dem Tagelöhler für die Dienerliche Begehr der Sonntagsversammlung beigegeben. Der Inhalt des Formulars ist so ausführlich gehalten, daß er einer besonderen Erklärung nicht mehr bedarf; vorausgesetzt, daß er gewissenhaft durchgesehen wird. Aber nun etwas Besonderes zu sagen hat, soll die Begehrung hierfür an der besten Stelle eintreten. Die Gegenstände selbst werden abgeholt! — Alle Fragebogen — wenn man etwas gibt: ausgefüllt, wenn man nichts geben kann: uneingeschickt! — (Schiff mit baldmöglichst zum neuen Rathaus, wo es im Zimmer „Hollsteins“ angekommen werden. Es wird erwartet, daß sich jeder zur Förderung der guten Sache der kleinen Märgen unterzieht.)

— (Erlaubnis) wird aus der hiesigen Stadtschule für die Besichtigung der Besichtigungsarbeiten im 20. Februar im Magistrate-Besichtigungsraum (Zimmer 11) ausgesprochen.

— (Das Büten der Gänge) hiesiger Einwohner hat die Ehefrau Pauline Sander hier durch Privatvertrag mit den Unternehmern übernommen. Es hat jeder Gelegenheit, aber auch die Pflicht, seine Gänge unter Aufsicht zu stellen. Wer diese dennoch in den städtischen Anlagen oder auf fremden Grundstücken weiden oder unterlaufen läßt, wird unmissverständlich bestraft.

— (Sportplatz) können am Sonntag ein dem S. K. D. 1911 gehöriges Fußballfeld am Gänseanger fort und waren es in die Lage. Man hofft, die Täter zu ermitteln.

— (Arbeitererfolg im Kreisstranfenhaus) Am letzten Sonntag erkrankte der Verein „Sängerzug“ die Anwesenheit unserer Krankenschwestern durch den Vortrag einiger gut gewählter Redner, was mit dankbaren Gesichten und großer Freude entgegen genommen wurde. Selbstverständlich hofft man bei solcher Gelegenheit auf Wiederholung dieser freundlichen Ueberrückung.

— (Die Einweihungsfeier des „Ratsgartens“) als Heim der organisierten Arbeiterarbeit erfolgte am Sonnabend, den 4. Februar. Der Einladung an die Gemeindeglieder war in so reichem Maße Folge geleistet, daß etwa 800 Besucher teilnahmen, wobei sämtliche Räume des Lokals dicht besetzt waren. Am festlich geschmückten Saal feierte die Gesehliche Kapelle. Außerdem hatten es sich drei Gesehliche (Habertranz, Sängerzug und Germania) nicht nehmen lassen, die Feiern zu unterstützen. Nicht zuletzt sei auch den Gesehlichen Bedauern die volle Anerkennung für ihre aktiven und gütigsten Leistungen ausgesprochen. Gemeindeglieder Gen. S. Wiling brachte in seiner

kurzgefaßten Begrüßungsansprache zum Ausdruck, daß schon seit 1906 der Gedanke, ein eigenes Heim zu haben, die Osterwiecker Arbeiterarbeit befehle habe. Leider kam dann eine große Krise in der Arbeiterindustrie. Wenn wir auch heute ebenfalls wieder eine fröhliche Zeit hätten, so verlangen es doch die zeitlichen Verhältnisse, endlich „Kornris immer, rüchtrüch immer!“ — Alle Teilnehmer dieser schönen Einweihungsfeier hegen auch ferner die frohe Hoffnung und das feste Vertrauen, daß die Besichtigung des „Ratsgartens“ durch unsern Gesehlichen Gesehlichen Kapelle nicht Frau in den besten Händen ist.

— (Wahlvereinsvortrag im Wahlverein.) Für die Monatsversammlung am 6. Februar, die erste im neuen Lokal „Ratsgarten“, war ein Wahlvereinsvortrag vorgesehen. Gen. Schütte-Halberstadt bot uns den Film „Fernhandarbeit“ und brachte dies durch bewegte Kampferlebnisse eines der bedeutendsten Pioniere der Arbeiterbewegung in so seinem tragischen Tode wirkungsvoll zum Vortrag. Nach einer Pause folgte dann zur Erhellung noch ein Wählvereinsvortrag. Die sehr gut besuchte Versammlung, zu der auch Gäste erschienen waren, spendete lebhaften Beifall. Auf Wunsch aus dem Wahlvereinsvortrag ist in diesem Monat noch eine zweite Versammlung stattfinden, die auf Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr festgesetzt wurde. Die Tagesordnung lautet: Bericht über die letzte Stadtvorbereitung.

Aus Oshersleben.

— (Der Deutsche Werkmittelverband, Bezirksverein Oshersleben, konnte am letzten Sonnabend sein 40. Stiftungsfest begehen. Am festlich geschmückten Stadtparksaal sammelten sich um 6 Uhr abends die Mitglieder mit ihren Frauen und Vertreter vom Zentralverband der Angestellten, um den Auftakt des Festes mit einem Festessen zu begehen. Der Vorsitzende, Koll. Brendlin, hieß in kurzen Worten die Erschienenen willkommen und ließ sie in Ausführungen ausstellen mit einem Hoch auf den Werkmittelverband. Frau Herz sprach im Namen der Frauen. Der eigentliche Festabend begann um 8 Uhr. Eingeleitet wurde der Abend mit Konzerten der hiesigen Kapelle. Koll. Brendlin hielt die Festansprache. Vorher wurde ein Prolog, verknüpft mit einem lebendigen Bild, „Die Entwicklung der Industrie“. Der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten, Koll. Willi Herzberg, überbrachte die Glückwünsche seiner Organisation. Die Ausführungen „Der Arbeiterkampf“, „Das geistige Bauernpaar“ und „Der beste Weg“ sorgten dafür, daß der Humor zu seinem Recht kam. Alle Ausführungen wurden gut dargeboten und fanden daher auch eine gute Aufnahme. Der Gruppenvorsitzende, Koll. Müller, wogebend gedachte in erhabenen Worten der alten Mitglieder und erwähnte die jüngeren, in den Reihen der alten Mitglieder zu gehen. Koll. Müller, der Gauveiter des Verbandes, gedachte der Frauen. In voller Harmonie und Gemütsruhe war man bis zum Schluß zusammen.

— (Der Zentralverband der Angestellten) veranstaltete am Sonnabend, den 4. h. Mts. im Kreisreise eine Versammlung der Behördengestellten. Der Einladung waren circa 80 Behördengestellten gefolgt. Koll. Stöcker leitete die Versammlung. Koll. Hauffner-Berlin vom Hauptverband des Verbandes sprach in einem tiefgehenden Referat über „Alle Räte des Behördengestellten“ und führte unter anderem aus: Es soll keine nicht nur über Tariffragen gesprochen werden, sondern über den Angestellten im Großen und Ganzen. Es wurde der Kollektivtarifvertrag geschlossen, damit der Angestellte bei der Behörde dem Beamten gegenüber nicht schlechter gestellt ist. Die Bezahlung hat sich nach der Leistung zu richten und ist nicht abhängig von Prüfungen. Mit der Revolution ist auch die Betriebsdemokratie in die öffentlichen-rechtlichen Einrichtungen eingebracht. Die Bezahlung der Angestellten erfolgt nicht mehr wie vor dem Kriege aus der Dienstausweisbescheide des Dienststellenverwalters, sondern von der Behörde. Das bedeutet einen großen Schritt vorwärts. Auf Privatdienstverträge sind in Deutschland bei den Behörden circa 200 000 Kollegen angestellt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß diese nicht ohne Schutz sein dürfen. Wie sieht es mit der Erziehung des Behördengestellten für die Zukunft aus? Die alte Personalverwaltung ist in der Verfallung verfallen. Es ist aber in den nächsten Jahren mit aller Bestimmtheit mit einer Personalreform zu rechnen. Dies bedeutet weiter nichts, was ein neuer Personalablauf. Um Härten vermeiden zu können, müssen sich die Behördengestellten organisieren. Koll. Hauffner spricht über die jegliche Bezahlung der Behördengestellten. Wenn etwas erreicht werden will, so haben die Unorganisierten es den Organisierten zu danken. Koll. Herzberg, als Vorsitzender der Ortsgruppe des J. d. A. am Orte, forderte die Behördengestellten auf, sich zu organisieren und zwar bei dem Verbände, der bis dato das Meiste für die Angestellten getan hat und das ist der J. d. A. Koll. Hauffner-Berlin ging auf mehrere Anfragen noch ein und sagte zum Schluß, daß die Mitglieder des J. d. A. ihre Arbeit für ihren Verband, ist er doch in Angelegenheiten richtunggebend. Die Versammlung war sehr erfolgreich. Viele Besucher haben ihren Beitritt zum J. d. A. erklärt.

„Rein! Mein Mann hat mich geprügelt.“
„Und was hat denn die grüßliche Frau zu Mittag gegessen?“ fragte er spottend, um seine Zügellose zu verbergen.
„Die Hühner hat drüben bei ihr mitgegessen in der Hofstall.“
„Schämst du dich nicht vor dem armen, fleißigen Arbeiter?“ brauchte er an.
„Rein!“
„Sch geh' ins Wirtshaus.“
„Recht halt“, jagte sie nachlässig. „Bring' mir etwas beim, ich geh' bald schlafen.“

Sie lauerte sich wieder in die Fensterhülse und sah aufmerksam zu, wie eine Raubgattin die gestiefelten Unterseite von der Beine nahm. Ihr Mann ging ohne Gruß davon, nur zufällig schaute sie ihm nach, der Hof war so lang, und durch den großen Zorbenen Hof der seine Straßenhölzer herein, jedoch ließ die bunten, Gestalt des Pöbels genau abtöten. Der Abendwind bewogte den alten Kermel seines Mannes, die er mußte immer, das flatternde Saal an der Figur des Mannes im Zuge gehalten. . . . da ward der Traum und die Wirklichkeit der Hochzeiten wieder. . . .

Der ganze Mensch war verändert, wenn er einmal den leeren Kermel nicht in die Tasche steckte, als ob er auselanderförmigen könnte, so schaute sich dieses unruhige Flattern aus der Ferne an. Dazu ging er auch nicht so stramm wie sonst, er ließ die Schulter vorhängen und hieb mit einer ausgelegenen Gerte vor sich und hinter sich, als wolle er ein müdes Pferd, das ihn schieft weiterzutreiben, antreiben. So schwebte er zum Tore hinaus, und die Beine flatterte ihm nach, allmählich war sie befriedigt, weil der Kleine schielte und ihr Mann nicht sprach. . . .

(Fortsetzung folgt.)

— (Mitgliederversammlung der SPD.) Heute Mittwochabend Mitgliederversammlung der SPD. im Stadtpark. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Genosse Krebs spricht über Kommunalfragen am Ort. Ferner stehen die diesjährigen Wahlen auf der Tagesordnung.

— (Eitern) Schütz Eure Kinder in den Wahlvereinsvortrag, welcher am Donnerstagabend 8 Uhr in der Aula des Reformatoriums stattfinden. „Eine romantische Reise an den Rhein“ wird gezeigt. Auch die Eitern können erscheinen.

— (Der Kursus der Arbeiteramalgamier-Kolonne) hat begonnen. Es können noch einige an dem Kursus teilnehmen. Es wird besonders Wert darauf gelegt, daß Genossinnen der Arbeiterwohlfahrt und die Arbeiterpartei teilnehmen. Der Kursus findet statt jeden Dienstag und Donnerstag abends um 8 Uhr im Reformatoriumsaal.

— (Die erste Sitzung des Bezirks der Arbeiter-Theaterabendes) hat am Sonntag in Oshersleben stattgefunden. Um ein erprobteres und vorbildlicheres Arbeiten auf dem Gebiet des Laienpiels zu ermöglichen, sind die Vereine der „Freien Volkshäuser-Bewegung“ zum Arbeiter-Theaterbund geschlossen übergetreten. Die Gründung unseres Bezirkes wurde daher zur Notwendigkeit. Die Bezirksleitung stellt die hiesige Ortsgruppe, 1. Bezirksvorsitzender wurde Johannes Schütte, Gauveiter, 1. Bezirkssekretär Karl Weinedt, Kurgelstraße 12, Bezirksleiter Gustav Schöndorf, Mühlstraße 15 und Bezirksleiter Karl Ludwig Wagner, Rickelstraße 8. Es soll wieder eine rege Betriebsamkeit für den Arbeiter-Theaterbund einleiten.

Kreis Oshersleben.

Neueverlesen, 6. Febr. (Eiternhochzeit) Unser Genosse, Bergmann Alfons Morgenthal, feiert am heutigen Mittwoch, mit seiner Gemahlin das Fest der Eiternhochzeit. Wir wünschen dem Jubelpaar noch recht frohe Jahre und rufen ihm ein „Gut auf!“ zur goldenen Hochzeit zu.

Aus Thale.

— (Wem gehört das Jahrbuch?) Einige Wägen vor Weihenacht. U. So. stellte ein bisher unbekannt gebliebener Wägen hier im Hotel Ritter-Bodo ein Jahrbuch unter und enterte sich selbst ohne jede Bemerkung. Das das Rad bis heute nicht abgeholt wurde, wird angenommen, daß es irgendwo gestohlen ist. Das Rad, Marke „Kremel“, mit der Nummer 1 100 808, hat jemand im Rahmen, braunen Gestell, hochgehogene Lenkstange, Kettenschuß, gelbe Felgen, rote Bezeichnung und Lärpöbel-Fretzlauf. Die Bremse ist durch die Vordergabel geführt. Das Rad ist noch gut erhalten. Sachdienliche Angaben, die zur Ermittlung des Eigentümers führen, erteilt die Polizeiverwaltung Thale a. S.

Aus Quedlinburg.

— (Parteiversammlung.) Die letzte Parteiversammlung war sehr gut besucht. Gen. Ferkel-Magdeburg sprach über die kommenden Reichstagswahlen. Der Redner kritisierte zunächst die Haltung und die Regierungswelt der jetzigen Bürgerbürokratie. Das Schulgesetz ist in politischen Kampfe eine große Rolle gespielt und ist die jetzige Ministerkabinetregierung. Die Zeit dieser Regierung ist fast abgeschlossen. Sie führte aber die Unzulänglichkeiten und suchte die Reichstagsaufstellung solange wie möglich hinauszuziehen. Es heißt, jetzt schon aufzuklären und zu agitieren, damit wir bei den kommenden Reichstagswahlen, die früher kommen können, als mancher annehme, gerüstet seien. In der Aussprache nahm Gen. Gen. Kunge Stellung zum Schulgesetz. Gen. Schuchardt verbreitete sich über die Bundverbündung. Die Großagrarier hätten keine Zeit, das zeigte sich auch bei der Berliner Zeitung. Man sehe es auch bei der Firma Dippel, die auch über Unzulänglichkeiten geflagelt habe, aber jetzt einen eigenen Minister haben einrentlich können. Gegen die Spitzpartei machte sich der Gen. Bergmann. Sie verhinderten klare Verhältnisse. Zu Solingen sprachen dann die Gen. Groß und Wäcker. Zum Schluß der Versammlung wird der Vorsitzende auf die am 28. Februar stattfindende Ober-Feier hin. Damit fand die Mitgliederversammlung, die viele Anregungen gegeben hat, ihr Ende.

— (Wesentliche Versammlung.) Am kommenden Sonnabend, abends 8 Uhr, findet im Gemeindegasthaus eine öffentliche Versammlung, veranstaltet von der SPD. und dem Ortsauschuß der freien Gewerkschaften. Herr Genosse Hermann Reddermeier-Braunschweig wird über Sozialistische Gewerkschaften sprechen. Unter anderem spricht er auch über das Reichstagsgesetzliche Parteiprogramm, jeder Genosse und Gewerkschaftler muß diese Sache verstanden haben.

— (Arbeiterfreunde.) Morgen Donnerstag abends müssen alle Kinder um 6 Uhr am Platz oder um 1/7 Uhr am Gemeindegasthaus sein. Kommt alle, da es sich um eine wichtige Zusammenkunft handelt.

Kreis Quedlinburg.

Meinlieb, 6. Februar. (Die diesjährigen Konfirmanden und ihre Berufswahl.) In unserer Gemeinde werden zu Palmsonntag 1928 31 Kinder konfirmiert, und zwar 16 Mädchen und 15 Knaben. Mädchen: Anneliese Becker, Anneliese Büschopp, Helene Fritze, Elisabeth Gräbmann, Sie Semann, Ella Lamnath, Helena Hofmeister, Ella Schulz, Gertrud Unger, Ella Barnte, Anneliese Schuber, Helga Eißel, Ella Reiche, Anneliese Rühse, Anneliese Schulz, Ella Gieseler, Karl Großmann, Otto Heibede, Paul Kubitz, Fritz Baumhild, Walter Müller, Paul Ralte, Werner Hoff, Karl Riemann, Erich Schröder, Oswald Sterz. Unter obengenannten Konfirmanden werden aus Quedlinburger Schulen konfirmiert: Toni Baer, Ani Kitzsch, Otto Franke, Willi Hünede, und Karl Hoff.

Sie müssen

um unliebsame Störungen in Ihrem Geschäftsbetriebe vorzubeugen und eventl. geschäftlichen Schaden abzuwenden, von Zeit zu Zeit Ihren

Drucksachen - Bestand

prüfen. Verlangen Sie im Bedarfsfalle unter Fernruf 2313 Vertreter-Besuch von der Buchdruckerei

Halberstädter Tageblatt

Der Abend

Nr. 6.

Donnerstag, den 9. Februar 1928.

10. Jahrgang.

Befetztes Land.

Von Karl Deker.

Ich habe keine Ursache, mich für einen besonders mutigen Menschen zu halten. Wie viele, hatte ich als Kind Furcht an Hunden vorüberzugehen, — wie Tausende meiner Mitmenschen lernte auch ich dies sonderbare prickelnde Gefühl über den Rücken kennen, wenn hoch oben in der Luft das helle Summen der französischen Flugzeugmotore sang und die Abwehrgeschütze der Stadt zu bumsen begannen. — Soldat war ich nie. — Aber jene fliegende, jagende Angst, gegen die es keinen Willen gibt, die den Körper bannet an seinen Platz, und jede Flucht, die geringste Bewegung unmöglich macht, sie kenne ich nur von einem einzigen Mal in meinem Leben. Und die Ursache war eigentlich doch recht, — na — sonderbar.

Mein Wohnort liegt — mit der Staatsbahn — eine knappe halbe Stunde von Frankfurt a. M. entfernt. Seit 1918 war er einer der vorgeschobenen Posten der französischen Besatzungszone des Mainzer Brückenkopfes. — Seht sind die Truppen ja schon lange zurückgenommen und nur selten noch begegnet man einem blauuniformierten Gendarmen, der auf seinem Rad durch die Stadt fährt. — Aber anders war das noch 1923. Der passive Widerstand hatte eingesezt. — Immer weniger Züge passierten noch die Bahnstrecke, und eines Tages kam eine Abteilung Alpenjäger und „Genies“ und entfernten die Lasten an den Gefellen, legten ein paar Schienen quer — grinsten wohl auch ein wenig über unsere Gesichter — dann lagen die Schienenstränge leer und einlam, verlassen. Nach ein paar Tagen waren schon die Geleise verrostet.

Regiebahnen im Innern des besetzten Gebietes bildeten bald einen, wenn auch nicht vollwertigen Ersatz. Aber wir, an der Grenze und an einer Bahnlinie, die ohne Verbindung nach dem Innern, gerade noch den äußeren Rand des besetzten Gebietes durchschnitt — wir hatten das Nachsehen. Aber Fluchen half nichts. Die Eisenbahnverwaltung entdeckte ihr Herz, und ließ — zwanzig Meter hinter dem schönen Schild „Limite zone occupée“ und den seit 18 etwas blaß gewordenen blau-weiß-roten Grenzpfählen an offener Strecke einen sogenannten Notbahnhof errichten, der in einem hastig aufgeworfenen Perron und zwei armseligen Wellblechhütten bestand.

Dreiviertelstunde Wegs blieb immer noch auch bei strammsten Marschtempo zum Notbahnhof. Was damals geflucht und geschimpft wurde, — und nicht nur auf die Franzosen — das geht auf keine Kuhhaut. Und wenn man bedenkt, daß der größte Prozentsatz der Bevölkerung, der so übel betroffenen Gegend aus Leuten besteht, die ihrem Erwerb in der Stadt nachgehen, so ist die Sache traurig genug. —

Zuerst kam das strikte Verbot der Grenzüberschreitung ohne Paß. Dann die Schwierigkeiten der Paßerteilung. Und zum Schluß gab die französische Behörde in der Kreishauptstadt überhaupt keine Ausweise und Wäsen mehr aus und verhängte sich hinter Arbeitsüberfülle. —

Inzwischen strömte Tag für Tag, schon früh bei stockfinsterner Nacht noch der Menschenzug nach dem Notbahnhof. — Trotz dem Verbot. Patrouillen tauchten nur selten auf, — und leben wollte man doch auch. —

Ich war damals — wer war das nicht? — an einer Frankfurter Bank angestellt, und buchte Tag für Tag die täglich sich mehrenden Nullen der Schecks. Eine Zeitlang nahm ich ein Zimmer in der Stadt, — dann wurde die Sache zu teuer, und ich ließ wieder zum Notbahnhof. Tag für Tag. Morgens um 1/2 Uhr aus dem Bett — abends um zehne nach Hause. Denn ich mußte Leberstunden machen. Oft war ich der einzige Mensch, der um diese späte Zeit noch an dem leeren und kalten Bahnkörper müde entlang schlief, an Weiden und Signalen vorbei, die seit Monaten nun nicht mehr beleuchtet waren. — Und wieder landete ich eines Abends am Notbahnhof. Kein Mensch stieg aus außer mir. Ich war wieder einmal der Letzte.

„Passen Sie auf!“ sagte der Perronbeamte, als ich meine Karte vorwies.

„Warum?“

„Seit heute abend ist die ganze Gegend besetzt. Kein Mensch kann mehr über die Grenze. Die Leute vom letzten Zug sind zurückgekommen. Man hat auf sie geschossen!“

„Schöne Geschichte!“ dachte ich und stolperte los. Nach ein paar Schritten durch die stockfinstere Nacht stand ich am Grenzpfahl.

„Halte-la — nig passer —“

„... pas — merde . . .!“ versuchte ich es im Soldatenjargon, der mir schon aus mancher peinlichen Situation bei den neuen Herren herausgeholfen hatte.

„Nig passer!“ Jetzt erkannte ich erst die hohe Mütze eines marokkanischen Soldaten. Das war dumm. Die Kerls verstanden kaum französisch, und schossen gleich. Aus Angst vor den Fußstritten ihrer Offiziere. —

„Vêtre caporal, Bit n'est pas la?!“

„Nig passer!“ klang es nun drohend zurück. Der Affe war dumm. Es blieb mir nichts übrig als umzudrehen.

Was sollte ich machen? Der nächste Weg war verperrt, — wie mir jetzt der Bahnmensch erzählte, liefen Patrouillen dauernd die Grenze entlang, — ein schauderhafter Umweg blieb als letzte Möglichkeit.

Ich lief los; zuerst ein ganzes Stück noch die nächste Landstraße, dann schwenkte ich ab und tastete mich im Schlamm und Morast des durch ewigen Regen aufgeweichten Waldweg. Allmählich verlor ich den Humor. Eine verzeufelt dumme Geschichte war das. Wenn ich wenigstens Franzosen angetroffen hätte. Denen hätte ich einen faulen Witz erzählt — ich kannte das. Eine kleine Geschichte von den unerreichbaren Frankfurter Mädels — „Eh — ca n'est pas trop mal —“ Aber so. —

Allmählich war der Mond durchgedrungen und hüllte den Wald in sein magisches Licht. Ich hatte wenig Lust, mich an der romantischen Stimmung des nächtlichen Spazierganges zu ergötzen. Nebelstreifen zogen über den Weg — das undefinierbare Licht machte eher unsicher, als daß es leuchtete. Deisters verlor ich den Weg unter den Füßen und stieß mich fluchend an überhängenden Nester, oder stolperte über die Wurzeln, die wie scheußliche Tiere über den Waldweg krochen.

Möglichst blieb ich stehen. Ich mußte wohl gar den richtigen Weg oder wohl gar die Richtung verfehlt haben. Seit Ewigkeiten stieß ich nun schon, ohne an den erwarteten Bahndamm zu kommen. Eine Uhr hatte ich nicht bei mir. Nun war auch der Mond wieder verschwunden. —

Herrgott! Zwei — dreimal war ich in Versuchung, mich niederzuliegen, zu schlafen, — oder den Morgen abzuwarten. —

Grauenhaft dieses Schweigen um mich. Meine eigenen Schritte hallten wie Donnerschläge. Wenn ein dürrer Zweig unter meinen Füßen zerbrach, dann klang es taufenstsch von den hohen Stämmen des Eichen- und Buchenwaldes zurück. Manchmal huschte das Mondlicht auf, verzerrte die Umgebung — und verschwand wieder hinter schwarzen, jagenden Wolken.

Wo war ich? Wie lange lief ich schon in der Irre? Keine Lokomotive piff, um mir den Weg zu zeigen, — kein Barrierewärterhäuschen klingelte, um mir die Richtung anzugeben. Einmal bellte irgendwo ein Hund. Der Schall konnte aus allen möglichen Gegenden kommen. Ich begann unsicher zu werden. —

Ich lief weiter. Hände und Kleider waren naß vom Tau. Ich froh und wehrte mich vergeblich gegen das eigentümliche Gefühl, das mir inner wieder den Rücken hinabließ. — Schauderhaft.

Was sollte ich tun? Wied dort hinlegen? Ich würde mich zu Tode erkälten. Weiterlaufen? Die Waldungen zwischen Frankfurt und Darmstadt, zwischen Mainz und Wiesbaden sind endlos. — Die Grabesfülle um mich begann meine Nerven zu peitschen, — ich ging leise, meine Füße suchten Moosflecken — ich schlief — da — halt — — was war das? — — jetzt wieder — — ein Knistern

— ein Flüstern — ein klingender Laut — Herrgott — ich stand.

Ganz still stand ich. Keine Bewegung war mehr möglich. War ich doch an der Grenze jetzt, und die Kerls hatten Befehl, ohne Anruf niederzutrallen, was herüber oder hinüber wollte?

Verflucht. Und jetzt tauchte der Mond wieder auf — von hellem Licht übergossen stand ich mitten auf dem Weg — gab es keine Möglichkeit — mich — eifig lief es mir über den Körper — drei — gehn Schritt vor mir — hinter dem Strauch — dort — stand — ein Marokkaner. — Die Knarre in der Hand.

Wild klopfte mir das Herz bis zum Halse hinauf. Laut, wie Hammerschläge. Das Denken erstarrte. Fesseln lagen um den Körper — keiner von uns beiden rührte sich. — Jetzt — jetzt wendete er sich ein wenig ab — grinste er nicht unter der schmierigen roten Mütze — jetzt, jetzt rasch — ein Griff — ich hatte den Kolben meines Revolvers in der Hand — welche Unvorsichtigkeit! — wenn sie ihn fanden. Ganz leise hebe ich die Hand mit der Waffe — da leuchtete abermals das Licht des Mondes auf — der Kerl drüben duckte sich — das Gewehr — nun — und — — — Herrgott — mir brachen die Knie. —

Vielleicht lag ich Stunden, vielleicht nur Minuten. Als ich aufsaß, hatte der Wind die letzten schweren Wolken verjagt. Zwischen den hohen Stämmen lag das ruhige gleichmäßige Licht des gelben Mondes.

Langsam richtete ich mich auf. Ich zitterte noch am ganzen Körper. — War nichts geschehen? Und — mein Gott — ach — nichts, wie sanft dieses gelbe Licht war. Weit vor mir leuchtete das weiße Schild: „*Limite zono occupae*“ — — nun stand ich.

Und griff mir nach der Stirne, die naß war. Vom Tau oder vom Angstschweiß. Oder beidem.

Was geschehen war? Nichts. — Man mag es Nervenüberreizung nennen oder was. Der Marokkaner? Als ich näher trat, nun im hellen Licht des Mondes, erkannte ich den Grund meiner Angst: ein Zweig. Ein schmaler, heruntergebrochener Zweig, an dem noch die gelben Blätter des vorigen Herbstes hingen. Rote und braune und gelbe Blätter, die er Wind bewegt hatte — —

Sonst nichts. —

Bald fand ich auch wieder die Orientierung. Vom Grenzschild aus waren es nur noch wenige Schritt bis zum Bahndamm. Und dann noch eine halbe Stunde bis nach Hause. Um vier Uhr morgens lag ich endlich zu Bett.

Am anderen Morgen erzählte mir der Sousoffizier vom Dienst, daß seine Kerls viel zu sehr gefroren hatten, um Patrouille zu gehen.

Polizei.

Von Kurt Tucholsky.

Polizei sieht auf dem ganzen Kontinent ungefähr so aus:

In einem großen, grauen Gebäude mit unlauberen Korridoren sitzen Männer in Uniformen und unwahrscheinlich staubige Schreiber. Sämtliche Polizeibeamte der mitteleuropäischen Länder haben zuvor ein Examen in Unhöflichkeit abgelegt. Der Polizeibeamte sagt und tut mit unsehnbarem Instinkt das Umständliche, Unerwartete, Schwierigkeiten Bereitende, Pläne Durchkreuzende. Seine Sprache ist rau und grob; daß er nicht sofort haut, liegt am Zeitmangel. Der Bürger, Steuerzahler und Familienvater tritt über die Schwelle mit dem Posten davor und merkt erstaunt, daß er Draußen ein ungeheures, eigentlich garnicht gestattetes, allzu freies Dasein geführt hat, Schüler in der Pause. Hier drinnen erst ist es richtig. Er schrumpft zu dem Nichts zusammen, das er ist, er hat keine Rechte mehr, bedeutet nichts, ist gar nicht mehr vorhanden. Ungeahnte Verbrechen liegen in der Luft, stets gewitterte, ein peinliches Gefühl, sie entgegen den Vermutungen der Behörde nicht begangen zu haben, überkommt ihn. Zunächst hat er zu warten.

Die Polizei hat den Zeitbegriff aufgehoben. Was in Europa auf allen Polizeiamtern für Arbeitsstunden erwartet werden, ist garnicht zu sagen. Der arme Untertan braucht den Staat — oder vielmehr der Staat braucht ihn zu kindlichem Spiel —, und dafür bekommt er zuvörderst einmal eine Arreststrafe: er sitzt seine Papiere auf den Korridoren ab. Tagtäglich warten in der ganzen zivilisierten Welt hunderte und tausende stumpfsinnig, erbittert, gelangweilt, gespannt auf einen Büromenschen der Polizei. Es scheint, als ob bei der Neueinrichtung einer Polizeistation alles in Betracht gezogen wird — nur nicht das sie frequentierende Publikum. Wie sich das durch Zimmer, Gänge, Poststellen, Anmeldebureaus durchwindet, ist seine Sache. Ja, es steckt offenbar ein tiefer, erzieherischer Wert hinter dieser Nichtachtung: der Zivilist soll fühlen, daß er eine

Laus ist, ein elendes Wesen, ein Nichts. Daß er nicht sofort eingesperrt wird, ist das Beste, was ihm überhaupt passieren kann.

Zwei Arbeitsstunden erwartet — in dieser Spanne Zeit könnte man hundert Zeilen einer Dystopie gedichtet, an der Börse Geld verdient, ein Kind angefertigt haben, aufs Land gefahren sein. Nichts da. Warten. Dann — Herz, klopf schneller! — vor den Gewaltigen.

Der Gewaltige verbreitet eine Atmosphäre von Grobheit und schlechter Körperpflege um sich. Martialischer Trug und ungewaschene Füße geben dem Mann ein eigenes Aroma. Eine halbe, von aufmerksam spähenden Augen sofort aufgefangene Kopfbewegung heißt: „Was wollen Sie?“ Es wird gesagt. Erstes Polizeigeheiß: „Nein.“ Raus. Zweites Polizeigeheiß: „Nein.“ Da müssen Sie erst . . . Raus. Neuer Gang. Neues Warten. Neue Papiere. Denn ohne Papiere macht der Polizei die ganze Polizei keinen Spaß. Was dieser patriotische Erdteil in den letzten Jahren an Ausweisen, Pässen, Identitätskarten, Anmeldebüchern, Unbedenklichkeitsbescheinigungen, Visen, Erbscheinen, Toten- und Lebendigen-Papiere erfunden hat, zeigt den Selbstzweck des Unternehmers. Es ist töricht, in diesem Wust von Dummheit und Schikane noch nach irgend einem andern Sinn zu suchen als dem, soundssoviel tausend Menschen der Arbeitslosenunterstützung zu entziehen und daher haben wir Polizeibeamte.

Aber gnade Gott, wenn der Einlassheischende ein Fremder ist! Was sich dann abspielt, ist schwer zu schildern. Ein Fremder —? Draußen richtet sich das Polizeiauge auf den Unglücklichen. Ein Fremder! Warum ein Fremder? — Was will der hier? — Ein Spion? — Ein Taschendieb? Alle Fremden sind Taschendiebe. Warum bleibt der Mann nicht zu Hause und nährt sich redlich? Bald Das werden wir gleich haben — uns entgeht nichts! Und nun gehts los. Anmeldung, Abmeldung, Genehmigung, Erlaubnis, Verweigerung der Erlaubnis, Befristung der Genehmigung — kurz, das alte schöne Wort eines Wiener Bezirkskommissärs hat volle Gültigkeit: „Der Wiener hat im Ausland nichts zu suchen!“

Ueberschreite die Schwelle, und du bist verloren. Hier hören alle Befehle der Vernunft, der Höflichkeit, der allgemein gültigen Formen völlig auf. Verzaubert bist du. Frage, und es antwortet dir keiner; sie haben eine besondere Krankheit: die Polizeitaubheit. Bitte um Formulare, sie haben keine. Zeige Papiere vor, sie sehen sie nicht. Du schüttelst den Kopf; du glaubst, du seist ein Mensch. Es ist ein Irrtum. Die gibt es gar nicht.

Die reichen Leute habens schon besser. Da stehen junge Angestellte mit betretter Mütze, die warten für den Herrn Baron, werden für die Frau Kommerzienrätin angeschnauzt, bekommen einen roten Kopf für den Herrn Generaldirektor. Der Rest brät in Person im höllischen Feuer.

In der lieben Heimat kommt man noch halbwegs um die Menagerie herum. Braucht man die Polizeiföhen nicht, dann kann es sein, daß sie einen nicht verschlingen. Aber fassungslos steht der Fremde in der Fremde vor so viel Dummheit, Bosheit, Flegelhaftigkeit, vor einem solchen Ausmaß von Niedertracht und Pedanterie. Und fassungslos sucht er die ausländischen Freunde auf und fragt sie: „Aber . . . wie ist es möglich?“ . . . Und siehe, dieselben Leute, die sonst so nett zu ihm sind, die eben noch offen und männlich über Geschäfte, Politik, Frauen und Bücher gesprochen haben, bekommen plötzlich etwas Geducktes im Blick, ein Schimmer von bösem Gewissen geht über sie hin, sie senken die Augen. „Ja“ . . . Achselzucken. Meist wissen sie gar nicht, was „ihre“ Polizei mit den Fremden macht. Helfen können sie nicht. Gute Schüler, die sich schön hüten werden, sich einzumischen, wenn der Lehrer einen aus der letzten Bank beim Widel hat.

Daß mir jemand meine Uhr stiehlt, geht nicht an — das ist allgemein anerkannt. Daß er mir aber meine Zeit stiehlt, diese meine Zeit, in der ich arbeiten, Geld verdienen, mich meines Lebens freuen will — das geht sehr wohl an, wenn der Dieb nur einen Helm trägt, eine bunte Mütze, einen Säbel oder, mit aufgetakelten Uniformtragen oder im kümmerlichen Zivill, in der Polizeischreibstube sitzt. Gottes Wege sind erforscht — die der Polizei sind's nicht. — Der Untertan schimpft auf den Obertan, den Polizeimann; es gibt eine ganze Literatur in den Zeitungen, wo in gewundenen Ausdrücken, voll der überlegendsten Ironie auf die „hohe Obrigkeit“ gescholten wird — immer mit diesem verquälten Ton in der Kehle: „Wenn er kommt, alle unter die Bänke!“ Polizeistaat? Aber das ist ein Pleanasmus.

Denn solange die Menschheit mit aller Gewalt, durch Kapitalismus und Familienglied hindurch, über Eingesperrte und Fliehende hinweg, mit Stacheldraht und Gefangenentransport der imaginären Vorstellung zur Realität verhelfen will, als gäbe es doch Schlagbäume, souveräne Staaten, alte Burgen des Mittelalters, die so tun könnten, als seien sie allein auf der Welt, die nach innen eine Wirt-

schaftsform nur mit Hilfe von schnappenden Wächtern aufrecht erhalten können, deren gute Laune durch Strafslosigkeit legitimer Robeitsdelikte wachgehalten und deren Dienst mit wenig Geld und viel Ueberschätzung bezahlt wird — solange die Staaten so tun, als stünde nach außen immer noch ein Volk geschlossen hinter ihnen, während jedes doch ökonomisch längst zerfallen ist, aufgeteilt in Rehmende und Gebende, müßiges Arbeitende und mühevoll Arbeitende: so lange haben sie diese Polizei.

„Ja, lieber Kollege, ich habe mir das ansehen. Namen nennt er nicht, er meint ja vielleicht die preussische Polizei auch — aber Weiskmann, oder sonst jemand kommt nicht vor. . . ich glaube, da bringen wir nicht mit durch!“

„Sie meinen mit dem dolus eventualis?“

„Ne, mir hat ja erst neulich der Vorsitzende von rüben gesagt: „Den Wrobel *) möcht ich mal vor meine Kammer haben! Ich habe gesagt, ich will mal sehen. Wissen Sie, das ist ein ganz objektiver Mann, da kann er sich garulieren. Aber dieses Mal — da wird's wohl nichts werden. Ich will die Sache im Auge behalten.“

„Ja, sehn Sie mal zu! 'n Morjen!“

„'n Morjen!“

Auf Wiedersehn. (Mit besonderer Erlaubnis des Verlages Ernst Rowohlt, Berlin, dem Buche „Mit 5 PS“ von Kurt Tucholsky, entnommen.)

Der „Erste Sozialist“ der neuen Zeit.

(Zum 450. Geburtstag des Thomas Morus am 7. Februar.)

Von Prof. Dr. Karl Vorländer.

Unter den ausgeprägten Persönlichkeiten, die gerade das Zeitalter der Renaissance in Fülle hervorgebracht hat, finden sich kaum welche von so entgegengesetztem Wesen wie Niccolò Machiavelli und Thomas More.

Schon der Himmelsstreich, unter dem sie aufwuchsen, konnte dazu beitragen. Hat Machiavelli unter dem sonnigen Himmel Mittelitaliens das Licht der Welt erblickt, so wurde More am 7. Februar 1478, also noch nicht neun Jahre später, ebenfalls ein Juristensohn, in dem nebelreichen London geboren, jener in einem kleinen Freistaat, dieser in der Hauptstadt eines nationalen Königreichs. Der eine ein heißblütiger und dabei doch kühl rechnender Romane, der andere ein bedächtiger Germane angelsächsischen Gepräges. Die geistige Ausbildung war wohl ähnlich, nur daß More eine wirkliche Universitätsausbildung in Oxford genoß und, trotz seines juristischen Brotschubiums, das ihn später zum vielbeschäftigten Richter und Vertrauensmann der Londoner Kaufmannschaft machte, einer der Führer des Humanismus geworden ist. Zogen den Florentiner früh die praktischen Staatsgeschäfte und in der Geschichte die Römer an, so fühlte sich der Engländer in erster Linie von den im fünfzehnten Jahrhundert neuentdeckten Griechen, vor allem Plato, daneben von den Naturwissenschaften und den Künsten angezogen; auch seine älteste Tochter wurde eine bekannte Humanistin, er selbst war ein vertrauter Freund des berühmten Erasmus, der ihm seine weltbekannte Schrift „Das Lob der Torheit“ widmete. Wie dieser, ein feiner Kopf und gelegentlich ironischer Spötter, auch ein Gegner des eigentlichen Pfaffeniums, bleibt er gleichwohl im Gegensatz zu Machiavelli innerlich religiös; hatte er doch eine Periode hinter sich, in der er ins Kloster gehen wollte, und ist er doch zuletzt ein Märtyrer seines Glaubens geworden. Uebrigens war er auch von Anfang an für Politik interessiert und wurde schon als Fünfundzwanziger Parlamentsmitglied für London.

Durch seine gleich zu nennende „Utopia“ weitberühmt geworden, trat er 1518, wohl ohne innere Neigung, in den Dienst es absolutistischen Königs Heinrich 8., schrieb 1523 zu dessen Verteidigung gegen die grobe Schmähschrift Luthers eine nicht weniger scharfe Erwiderung, der fünf Jahre später noch ein Dialog über Kezereien und Religionsstreitigkeiten folgte, wurde rasch zum höheren Staatsbeamten, 1529 sogar, als erster Bürgerlicher, zur obersten Reichswürde des Lord-Kanzlers von England befördert, geriet aber dann in Konflikt mit dem König, weil er sich weigerte, dessen eigenmächtige Ehecheidung anzuerkennen und ihm den Eid als oberstem Haupte der englischen Kirche zu leisten. Er wurde nach langer Kerkerhaft zum Tode durch Henkershand verurteilt, den er am 6. Juli 1535 mit standhaftem Mute erlitt.

Schon hieraus ergibt sich, daß er in viel höherem Grade als der sich den Zeitumständen mehr anbequeme Machiavelli, ein Mann

*) Pseudonym von Tucholsky. Die Red.

der Grundzüge, ein Charakter gewesen ist. Letzterer ist in erster Linie Machipolitiker, wenn auch nicht ohne ideale Motive, More in erster Linie Idealpolitiker, Ethiker, wenn auch nicht ohne politische und namentlich ökonomische und soziale Beweggründe, die bei dem sonst so klugen und modernen Machiavelli vollständig in den Hintergrund treten. Vor allem aber, worauf uns eben dieser letzte Gedanke hinleitet: Der Italiener ist seiner Weltanschauung nach Individualist, der englische Kanzler dagegen der erste Sozialist der neuen Zeit. Das wollen wir nun an seiner uns hier allein angehenden Schrift von 1516, der Utopia, des näheren sehen.

Morus (die bei den Humanisten übliche Lateinisierung von More) hat seine Schrift nicht selbst herausgegeben, sondern sie, anscheinend aus Vorsicht, seinen niederländischen Freunden Erasmus und Peter Aegidius mit einem offenen Brief vom 3. September 1516 an den letzteren zum Druck übergeben, der dann auch noch vor Ende genannten Jahres vollendet wurde. In dieser Vorrede, die übrigens ein höchst lebendiges Bild von seinem damaligen viel beschäftigten Londoner Leben im Amt und Familie entwirft, heißt der Titel bloß „Ueber die beste Staatsverfassung“ (de optimo rei publicae statu), während der Druck selbst sie als „wahrhaft goldenes u. ebenso heiliges als artiges Büchlein über die beste Staatsverfassung und die neue Insel „Utopia“ bezeichnet. Das Buch ist also, im Gegensatz zu Machiavellis Principe und Discorsi, absichtlich in der lateinischen Gelehrtensprache geschrieben, während sonst von Morus auch englische Schriften herrühren. „Utopia“ (aus dem Griechischen bedeutet „Nirgendland“, also eine Erfindung des Verfassers und hat der ganzen Literaturgattung der Utopien den Namen gegeben. Aus jenem Brief des Erasmus ist zu schließen, daß das zweite Buch, d. h. die eigentliche Beschreibung der Insel Utopia, zuerst niedergeschrieben und das erste, die Einleitung dazu, erst später hinzugefügt worden ist.

Gerade diese Einleitung, die nicht weniger als ein Drittel des Ganzen umfaßt, ist von hervorragender Wichtigkeit für die Erkenntnis des eigentlichen Zwecks und Charakters der Schrift. Sie beweist, daß die letztere ihrem Verfasser nicht, wie noch im Jahre 1883 ein Gelehrter gemeint hat, „das phantastische Gaukelspiel einer verbrauchenden Stunde“ gewesen ist, sondern aus sehr ernsten politischen Erwägungen heraus geschaffen worden ist. Denn sie geht aus von einer Unterhaltung des Verfassers mit dem weitgereisten Raphael Hythlodæus, dem später die Schilderung des glücklichen Inselstaates Utopia in den Mund gelegt wird, über — die sozialen, übrigens auch in den damaligen Parlamentsverhandlungen erörterten Zustände Englands. Raphael erzählt von einem Gespräch, das er bei einem englischen Kardinal mit einem Rechtsgelehrten über die grausame Bestrafung der übermäßigen Anzahl von Dieben geführt habe, von denen man mitunter zwanzig an einen Galgen hänge, und deren Zahl trotzdem nicht abnehme. Er selbst, der Hauptwortführer der ganzen Schrift, habe dann dem Kardinal klar gemacht, wie die tiefere Erklärung dieser Tatsache in dem sozialen Elend der Betreffenden zu finden sei. Nicht nur liefern die beständigen Kriege eine Menge von geschwächten und verstümmelten Menschen, unfähig ihr Brot zu erwerben, sondern, was wichtiger ist, die zahlreichen, müßiggängerischen Ekelteute, die den Drohen gleich — daselbe Bild findet sich in Platos „Staat“, den More gut gekannt hat — von der Arbeit ihrer Bauern leben, saugen diese noch überdies durch Steuern aus und hatten große Scharen zu nichts anderem tauglicher Diener, die, sobald ihr Herr stirbt oder sie erkranken, auf die Straße geworfen werden und bloß zwischen Verhungern und Stehlen die Wahl haben. Ähnlich gehe es bei fast allen Völkern Europas; in England gibt es aber noch eine besondere Ursache des Stehlens: die — Schafe!

Die sonst so sanften und genügsamen Schafe sind es, die ganze Menschen, Felder, Häuser, Gemeinden verschlingen. Wie geht das zu? Nun, heutzutage sind Barone und hochwürdige Prälaten nicht mehr mit ihrem bisherigen, ihnen doch ein müßiges und lustiges Leben verbürgenden Einkünften zufrieden, sondern verwandeln ihren Ackerboden, ja ganze Dorfgemeinden in eingebaute Schafweiden, weil der Verkauf der Schafwolle an die flandrischen Spinner und Weber ihnen ein weit höheren Gewinn verschafft, als der des Getreides ihnen liefern würde. Die wirtschaftlichen Folgen sind die vorauszu sehenden: Vernichtung des Kleinbauernstandes, Entwässerung des platten Landes, zunehmende Teuerung, Armut und Arbeitslosigkeit, während der Reichtum sich immer mehr in den Händen weniger konzentriert; die sittlichen: Diebstahl und (was die „Elderen“ vorziehen) Räuberei, Bagabundenwesen auf der einen, Neppigkeit und Sittenlosigkeit, Habguth und geschliche oder ungeschliche Betrügerei auf der andern Seite. Man sieht: eine einschnei-

bende Sozialkritik, wie sie nicht bloß von Plato im Altertum, sondern auch von modernen Sozialisten kaum überboten worden ist.

Und wie aus diesem Elend herauskommen? Etwa dadurch, daß man den Herrschern allerlei soziale Reformmaßregeln vorschlägt? Der More des Dialogs antwortet „Ja“, da das Bessere des Guten Fein sei und nicht eher alles gut werden könne, ehe nicht alle Menschen gut seien, was noch „eifige“ Jahre dauern werde. Raphael dagegen, in dem wir höchstwahrscheinlich den eigentlichen More zu erblicken haben, hält nichts von diesem Vorschlag, zumal da die Gedanken der Fürsten und Regierungen doch auf nichts anderes gehen, als auf Eroberungen, Steigerung ihrer Soldatenmacht und ihrer Einkünfte. Es gibt vielmehr nur ein wirkliches Heilmittel — und damit kommen wir zu dem Hauptunterschiede von Machiavelli —, daß allen jenen Mißständen mit einem Schlage ein Ende zu bereiten vermag; vollständige Aenderung der bisherigen Wirtschaftsweise durch Abschaffung des Privateigentums. Mit einem Worte: More ist der erste grundsätzliche Sozialist der neuen Zeit. Der Dialog-More hält Raphael die auch heute noch üblichen Einwände gegen die Gemeinwirtschaft entgegen: Niemand werde dann mehr durch Aussicht auf persönlichen Gewinn zur Arbeit angeporrt werden, jeder suche, sich der Arbeit zu entziehen; so werde allgemeine Trägheit und in ihrem Gefolge Mangel, Streitigkeiten, Mißachtung aller Autorität, beständiger Aufruhr und Blutvergießen eintreten. Auf diese Kritik antwortet „Raphael“ mit seiner ausführlichen Schilderung der sozialistischen Einrichtungen und Sitten der von ihm bei Gelegenheit einer Weltreise besuchten Insel Utopia, die ihm so gut gefallen, daß er fünf Jahre auf ihr verweilte und nur der Wunsch, sie der übrigen Welt mitzutheilen, ihn zum Verlassen des glückseligen Landes bestimmte. — (Mit besonderer Erlaubnis des Verlegers Quelle und Meyer in Leipzig, dem ausgezeichneten Werke des sozialistischen „Gelehrten“ von Machiavelli bis Lenin entnommen.)

Jules Verne.

Jules Verne bewohnt im literarischen Gedächtnis der älteren Generation ein Kämmerchen für sich, ganz nahe bei Karl May. Wie dieser Schriftsteller mit groben und unechten, doch sehr wirksamen Mitteln dem Drange nach Abenteuern und kühnen Taten, nach Größe der Gesinnung und Weite des Raumes Genüge tat, so eröffnete sein älterer französischer Bruder dem Leser den Zugang zu allen Wundern der Erde und es Weltraumes. Da löste die Chemie mathematisch und exakt und einleuchtend die Rätsel des Werdens, der Denk- und Gefühlsvorgänge. Da bohrte man sich mit meisterhaft konstruierten Maschinen zwanzigtausend Meilen tief unter den Meeresgrund ein, sah hier staunend eine neue Welt und erlebte mit Spannung und Herzlopfen Abenteuer über Abenteuer. Unheimlich dahinrasende Wagen und Schiffe — unheimlich für die Menschen von 1860 oder 1880 — trugen einen in wenigen Wochen rund um den Erdball und gestatteten dem Invasor, den absonderlichsten Tatsachen des Natur- und Völkerebens Auge in Auge gegenüberzutreten. Die Schrecken des Äquators und des Polareises wichen der planvollen Wissenschaft. Der lenkbare Luftballon machte die unendlichen Wüsten zum wohlübersehbaren Arbeitsfelde des kühnen Forschers. Furchtloser Entdeckerdrang unterwarf sich die Krater und Schluchten des Mondes, und selbst der Gluthauch der Sonne bot dem alles unterwerfenden Menschenverstande keine unüberwindlichen Schranken.

„Fünf Wochen im Ballon“, „Die Kinder des Kapitän Grant“, „Die Reise um die Welt in achtzig Tagen“, „Die Fahrt nach dem Mond“, „Doktor Dr.“ und die rund hundert anderen Romane, die Verne zwischen 1863 und 1905, seinem Todesjahre schrieb, spornten Phantasie und Verstand an, die Leistungen der Physik, Chemie und Mathematik zu übermenschlichen Ausmaßen hinaufzusteigern. Der Romancier dichtete mit seinen Mitteln den Traum vom unermesslichen Fortschritte der Technik weiter, den der entfesselte Kapitalismus eben damals praktisch ins Werk zu setzen begann. Von einer vertieften Weltauffassung, von sozialem oder psychologischem Verständnis kann beim Verne'schen Schaffen keine Rede sein, da es das mechanisierende Geschehen jener Epoche mechanistisch wiedergibt, der platte naturwissenschaftliche Materialismus der Grundtendenz findet in der Formlosigkeit des Stils und der Sprache, in den schablonenhaften Charakteren und der Ziellosigkeit des Wollens seine genaue Abpiegelung. So weit auch die Auswahl der Stoffe abgestuft, so vielfältig die Kenntnisse und Denkmethode ausgebreitet sind, so eng ist eigentlich diese stets nur errechnete, stets nur konstruierte Welt ohne seelischen und sozialen Hintergrund. Mit allen seinen gigantischen Zahlen und Massen reicht Jules Verne den viel

bescheideneren Gestaltern technischer Wunder Max Maria von Weber und Max Eyth nicht das Wasser. Denn diese Darsteller sehen die bewegenden Kräfte, Natur und Mensch, Gesellschaft und Persönlichkeit hinter den Erscheinungen. Verne aber ist von der Ergriffenheit des Apparates so geblendet, daß er in dessen äußerlicher Uebersteigerung das Innere und Auf seines Erzählens erblickt.

Noch weniger darf man ihn den Utopisten von Rang erzählen. Was diese von Plato und Thomas Morus bis auf H. G. Wells auszeichnet, ist die Fähigkeit, eine eigene, von innen her bewegte und neuen Befehlen untertane Welt aufzubauen. Der Utopist ist Reformator und Revolutionär von Geburt. Wenn Wells wissenschaftlich gebändigte Einbildungskraft von einer Zeitmaschine, von Gestirnen und Kometen, Fernrohr- und Mikroskop-Entdeckungen fabelt, so schießen ihm diese kosmisch-technischen Spekulationen zum Bilde einer besseren und höheren, planvoll anzustrebenden oder bemußt zu meidenden Zukunft zusammen. Verne will nichts, ringt um nichts und bekämpft nichts. Sein einziger Ehrgeiz ist, seine mathematisch-physikalische Phantasie zur willigen Virtuosität zu vervollkommen, damit so in seinen Romanen die bewundernswürdigen Errungenschaften der Zeit ins Kolossalische wachsen. Dem Streben der Menschheit nach Art echter Utopisten zielweisend Neuland zu erobern, fällt ihm nicht bei. Seine Phantasie ist so wie die Jahre latten Besitzes und massiven Genusses, die sie gebären: dürftig trotz der scheinbaren Unbegrenztheit, trocken und unschöpferisch.

Dr. Alfred Kleinberg.

Humor

Auch ein Vergnügen.



„Was machst du?“
 „Ich hänge mich auf.“
 „Warum?“
 „Weil ich mich langweile.“
 „Und ist das so amüßant?“

Bewegung.



„Warum ziehen Sie denn immer Ihre Uhr auf, wenn Sie gehen haben?“
 „Ja, mein Arzt hat mir Bewegung nach dem Essen verordnet!“
 (Sonnabendsniffen-Striz.)

